Nummer 423

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 10. September 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte.

Für Manuskripte übernimmt unsere Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten.

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Einzelpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat September 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit. Lettland 775 lettische Rubel. Finnland 125 finnische Mark. Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die Hetze gegen Hindenburg und Geßler.

Gummiknüppel gegen alte Uniform.

Die Aufhebung des Verbots zum Tragen der Militäruniform läßt die Presse der Linken nicht zur Ruhe kommen. Bei jeder Gelegenheit wird die Hetze gegen den Reichspräsidenten erneuert und die Vorgeschichte sowie die Bedeutung der Verordnung so entstellend wiedergegeben, daß die von den Veranstaltern der Hetze bezweckte Wirkung nicht ausbleibt: die Zeitungen des Auslandes, besonders in Paris und London, übernehmen die Verdrehungen und die Behauptung, daß Reichspräsident und Reichswehrminister mit der Aufhebung des Verbots sich „zum Instrument der rechtsstehenden Kreise in Deutschland" gemacht hätten. Es ist überhaupt der Tenor dieser ganzen Hetze, daß die Aufhebung des Uniformverbots das typische Merkmal für das „Wiedererwachen der Reaktion" sei. Hierbei wird zunächst geflissentlich übersehen, daß die Notverordnung, durch die s. Zt. das Tragen der Militäruniform verboten wurde, eben eine Notverordnung, eine Ausnahmemaßregel gewesen ist, die mit den damaligen Verhältnissen, der überaus gespannten inneren Lage Deutschlands erklärt wurde und die ein selbstverständliches, natürliches, in allen anderen Staaten anerkanntes und bestehendes Recht brutal aufhob. Die innere Spannung jener Tage ist längst einer Beruhigung gewichen, die Voraussetzungen für das Zurechtbestehen der Notverordnung sind nicht mehr vorhanden. Schon rein logisch also kann kein vernünftiger Mensch mehr etwas gegen die Wiedereinführung des Rechtes zum Tragen der Militäruniform einzuwenden haben. Nur die Sozialdemokraten und die Demokraten wollen das nicht einsehen, sprechen von einem „Affront" des Reichswehrministeriums und möchten die Aufhebung des Verbots als eine Art kalten Putsch der Rechtskreise hinstellen.

Dabei übersehen sie erstens, daß schon im Herbst vorigen Jahres gerade die Sozialdemokraten, denen Hauptorgan jetzt vor Entrüstung das innere Gleichgewicht verliert, die Aufhebung sämtlicher Ausnahmeverordnungen, also auch dieser, gefordert haben. Ferner wird es auch den führenden Sozialdemokraten nicht unbekannt sein, daß es kein anderer als der frühere Reichspräsident Ebert gewesen ist, der wiederholt der Absicht Ausdruck gegeben hat, das Verbot, das aus der erregten Zeit nach dem Kapp-Putsch heraus entstanden ist, wieder aufzuheben, da eben die Voraussetzungen für das Verbot nicht mehr vorhanden seien. Auch die Aufregung der Linkspresse darüber, daß die Aufhebung des Verbots wie ein Blitz aus heiterem Himmel erfolgt und offenbar als Ueberrumpelung gedacht sei, ist völlig abwegig. Die Reichsregierung hat den Versuch gemacht, die Angelegenheit auch auf dem parlamentarischen Wege ins Reine zu bringen. Vor Schluß der Sommertagung hat dem Reichstage das Gesetz, das das Recht zum Tragen der Uniform endgültig regeln sollte, vorgelegen. Aber schon in der ersten Lesung konnte eine sachliche Beratung nicht zustande kommen: sie scheiterte an der Sabotage der Linken. So war es also nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Reichspräsidenten, einzugreifen und endlich einen Zustand zu beseitigen, der unter den jetzigen normaleren Verhältnissen von den beteiligten Schichten auf die Dauer als Kränkung und unverdiente Zurücksetzung empfunden werden mußte.

Die andern Verhältnisse — das ist für die Sozialdemokraten und ihre Freunde eben der springende Punkt. Wäre jetzt Dr. Joseph Wirth oder Scheidemann Reichskanzler, so würde man den gegenwärtigen psychischen Zustand des Volkes natürlich als das kennzeichnen, was er ist, aber die in der Tat eingetretene Beruhigung als Verdienst sozialistischer Staatskunst hinstellen. Um dem Publikum die Hetze gegen den Hindenburg-Erlaß aber logisch begreiflich zu machen, wird behauptet, daß die Voraussetzungen von 1920 sich nicht geändert hätten. Hand in Hand mit dieser Darstellung geht der Versuch, durch gewissenlose Agitation jene Voraussetzungen wieder zu schaffen — nur, um Explosionen im Sinne der Hetze gegen Hindenburg und die allen verdienten Offiziere, die jetzt ein oder das andere Mal im Jahre ihr Ehrenkleid wieder tragen dürfen, herbeizuführen. Ein Musterbeispiel hierfür bietet der einstige Reichspressechef der Regierung Bauer, der in der „Glocke", der führenden sozialistischen Zeitschrift, zum Uniformverbot folgendes schreibt:

„Man kennt ja die besondere Ehre dieser Uniformen. Kommt nur ein Tropfen Alkohol hinzu, sitzen Dolch und Säbel locker in der Scheide. Ein schiefer Blick des Bürgers oder gar des Arbeiters kann des Königs Rock beleidigen. Man wird sich nicht wundern, wenn zur Abwehr solches schwarz-weiß-roten Amokstaufens die Republikaner Gummiknüppel anschaffen. Das dürfte fürs erste gegenüber den Sonntags- und Kaiser-Geburtstags-Offizieren ausreichen."

Hier wird, verbrämt mit den unflätigsten Beleidigungen, die Absicht der Sozialdemokraten, die die Rufer im Streit gegen den Uniformerlaß, Hindenburgs sind, unmißverständlich dargetan: Wüstige Ausschreitungen gegen die Offiziere, die es wagen sollten, sich in der Uniform zu zeigen, in der sie an der Spitze ihrer Truppen an der Somme und an der Yser, bei Verdun und an der Düna geblutet haben! Gummiknüppel gegen die alte Uniform! Das ist der „sachliche Kampf" der Linken. Sie wollen die „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" von sich aus herbeiführen, die 1920 das Verbot zum Tragen der Militäruniform begründete. Diese verbrecherische Taktik sei hiermit entlarvt und an den Pranger gestellt.

Dr. J.

Die Krise im Bergbau.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags

begann gestern die Vorberatung des Bergetats. Abg. Siering (Soz.) erstattete den Bericht und zwar sowohl über den Etat, als auch über die Betriebsberichte derjenigen Bergwerksgesellschaften, an denen der Staat beteiligt ist. Er erklärte, daß die Frage der Grubensicherheit nach der letzten großen Plenardebatte keinen großen Raum einzunehmen habe, daß vielmehr die allgemeine Lage des deutschen Bergbaues und die starke Arbeitseinschränkung im Bergbau in erster Linie Gegenstand der Debatte sein müsse.

Diesem Wunsche entsprach

Handelsminister Dr. Schreiber,

der sofort auf die Lage im Bergbau einging, die allerdings sehr ungünstig sei und zum Teil auch vorübergehenden, zum Teil aber auch auf dauernden Ursachen beruhe. Der Minister machte dann ziffernmäßige Angaben über die Verhältnisse im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau. Die Zahl der Feierschichten, so fuhr der Minister fort, hat sich inzwischen wieder stark gesenkt. Im Ruhrkohlenbergbau ist annähernd die Friedensbelegschaft wieder erreicht. Auch der Schichtförderanteil des einzelnen Arbeitnehmers entspricht wieder der Friedensleistung. Das ist eine günstigere Entwicklung als in anderen Bergbau treibenden Ländern. Auch durch starken Steuerdruck ist der Bergbau geschädigt worden. Hierüber werden jetzt Ermittlungen angestellt. Hinzu treten im Ruhrrevier noch besondere örtliche Schwierigkeiten. Notwendig sind vor allem bessere Nordsüdverbindungen im Verkehr. Weiterbemühungen zielen auf Absatzsteigerung, auch nach dem Auslande, hin.

In Oberschlesien zeigt sich in letzter Zeit eine günstigere Entwicklung. Weniger günstig ist die Lage im niederschlesischen Bergbau. Zur Zeit werden deswegen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei geführt. Auch steuerliche Erleichterungen für den niederschlesischen Bergbau werden erwogen.

In der Braunkohlenindustrie sind die Betriebe voll beschäftigt, und der Absatz ist flott.

Am günstigsten ist die Lage im Kalibergbau. In diesem Jahre ist bis jetzt doppelt soviel Absatz, wie in den gleichen Monaten des vorigen Jahres erzielt worden. 50 bis 60 Prozent davon gingen ins Ausland. Sehr wenig befriedigend ist die Lage im Erzbergbau.

Die vom Landtag bereits verabschiedeten Anträge zur Grubensicherheit sollen schnellstens durchgeführt werden. Das Werk in Recklinghausen soll zu einer Gesellschaft umgewandelt werden, aber mit Personalunion in der Leitung zur „Hibernia".

Abg. Dr. v. Waldthausen (Dnatl.) erklärte, daß die Wirtschaftslage im Ruhrbergbau trostlos sei, wie seit Jahrzehnten nicht. Der Barmat-Ausschuß habe bewiesen, welche Gefahren bestehen, wenn öffentliche Gelder in Staatsbanken gesammelt werden, statt sie in die Wirtschaft zu stecken. Die Produktion müsse sich dem Verbrauch anpassen. Der Redner wandte sich gegen die hohen kommunalen Ausgaben der Bergbaugemeinden. Die günstigere Gestaltung im Kalibergbau sei erst seit dem letzten Monat zu verzeichnen.

Oberberghauptmann Schanz gab eingehende Auskunft über die Verhältnisse in Recklinghausen und das Verhältnis zur „Preußag". Die Umstellung solle möglichst bald vorgenommen werden.

Abg. Rürup (Ltc.) behandelte die Absatzkrise im Ruhrkohlenbergbau, der eine ganze Monatsförderung auf den Halden zu liegen habe. Der Redner forderte Unterstützung durch das Reich nach englischem Beispiel. Notwendig sei weiterer Ausbau des Grubensicherheitsamtes. Der Redner trat schließlich für ein Versuchsbergwerk unter Tage ein.

Handelsminister Dr. Schreiber machte dann noch eine Reihe von

statistischen Angaben.

Bis zum August waren völlig stillgelegt 27 Zechen und 6 Kokereien. Weitere 57 Zechen haben ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt. Entlassen wurden insgesamt 46800 Bergarbeiter und 14000 Angestellte, wovon aber ein großer Teil anderweitig untergebracht ist. Nach den amtlichen Mitteilungen sind jetzt noch etwa 25000 bis 27000 im Bergbau beschäftigt gewesene Personen arbeitslos.

Oberberghauptmann Schanz stellte fest,

daß die Staatsgruben durch die Besetzung eine Schuldenlast von 36½ Millionen bis zum 31. März 1925 aufgebürdet bekommen haben.

Die Absatzschwierigkeiten zwangen die Staatsgruben zum Abbau von Arbeitern und Angestellten. Am 1. Juli waren vorhanden 22300 Mann, am 1. September 19600. Das ist ein Abgang von 14 Prozent. Die „Hibernia" konnte mit einem etwas besseren Ergebnis abschließen, aber auch sie war nicht in der Lage, einen Gewinn herauszuarbeiten; vielmehr entstand eine Schuldenlast von 4½ Millionen.

Abg. Dr. Pinkerneil (Dvp.) führte aus, daß sich der Bergbau in einer Krisis befinde, die zu einer Katastrophe werden könne. Man rufe nach Rationalisierung des Bergbaues, und der Staat solle nicht aus kommunalisierenden Bedenken notwendige Stillegungen hindern. Wir haben die Hoffnung auf Gesundung des Bergbaues, wenn ihm freie Hand gelassen wird in der Gestaltung seiner Betriebe, und wenn die Lasten, besonders die Soziallasten und die Steuerlasten, gemildert werden, vor allen Dingen, wenn die Reichsbahn vernünftige Tarifpolitik einführt. Die Verhandlungen mit dem englischen Bergbau haben nicht stattgefunden. Sobald England die Voraussetzung dafür geschaffen hat, werden wir gern in Verhandlungen eintreten. Die Regierung solle sich für Milderung der Zinssätze einsetzen.

Staatssekretär Dönhoff berichtete über die neueste Entwicklung der „Preußag", die auch unter der allgemeinen Wirtschaftslage leide. Die staatliche Kreditpolitik habe ihre natürlichen Grenzen.

Abg. Osterroth (Soz.) wies auf die ungeheure Belastung hin, die der schlesische Bergbau durch das Genfer Kohlenabkommen erfahren habe. Eine Verständigung nach dem Westen sei unbedingt notwendig. Die Küstenfrachtsätze für Kohle müßten ermäßigt werden. An den Verhandlungen über die Umwandlung von Recklinghausen müßten Arbeitnehmer beteiligt werden. Eine Kontrolle der Preispolitik sei notwendiger als Klagen über zu hohe Löhne.

Ministerialrat Schuld-Briesen machte Mitteilungen über die Fürsorge für entlassene Bergarbeiter.

Abg. Riedel (Dem.) trug Beschwerden und Wünsche des Niederlausitzer und mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues vor. Das Frachtensystem müsse individueller gestaltet werden. Die Wirtschaftskrise sei nur dadurch zu lösen, daß Deutschland durch Verhältigung seiner Produktion am Welthandel teilnehme. Durch Zollmauern und thesaurierende Steuerpolitik sei das nicht möglich. Die öffentlichen Gelder müßten auf billigste Weise der gesunden Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag vertagt.

Der Bericht des Höfle-Untersuchungsausschusses dem Landtag überreicht.

Der vollständige Bericht des Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages über die Prüfung der Durchführung des Strafverfahrens gegen den Reichsminister a. D. Dr. Höfle ist jetzt zur Verteilung gelangt. Der Bericht umfaßt nicht weniger als rund 900 große Druckseiten. Er bringt die stenographischen Niederschriften über die 26 Sitzungen des Ausschusses und zahlreiche Anlagen, wie Gutachten der Aerzte, allerlei Verfügungen usw. Das Plenum des Preußischen Landtages hat nun zu den Ergebnissen der Untersuchung des Ausschusses Stellung zu nehmen.

Japan.

In Nr. 396 vom 25. August hatten wir unter der Ueberschrift: „Die japanische Gefahr im Urteil der Yankees" über einen in Nordamerika allgemein beachteten Artikel eines nordamerikanischen Gelehrten Riordan berichtet, der die inneren Zustände Japans als sehr ernst darstellte und meinte, die Regierung Japans sehe auf einem explosiven Vulkan und werde wahrscheinlich der Explosion durch einen Krieg zuvorkommen wollen. Natürlich hat dieser Artikel auch in Japan das größte Aufsehen erregt. Von einem sehr urteilsfähigen Deutschen erhielten wir nun inzwischen aus Japan den nachstehenden Artikel, der das japanische Problem in eine objektivere Beleuchtung rückt. Immerhin läßt auch dieser Artikel erkennen, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Japan, genau so wie bei uns, groß und ernst sind und bei allen internationalen Erwägungen in Rechnung gestellt werden müssen. D. Red.

Tokio, Ende Juli.

Professor Hugh L. Riordan, der von 1921 bis 1924 hier an der Staatlichen Handelshochschule und der „Fremden Sprachschule" als Lehrer des Englischen tätig gewesen ist, hat vor einiger Zeit in den Hearst-Blättern in einem sensationellen Artikel seine Ansichten über Japans künftige Haltung niedergelegt. Dieser Artikel, den hier das größte und unliebsamste Aufsehen erregt hat, erklärt, die amerikanische Regierung würde einen schweren Irrtum begehen, wenn sie an eine friedliche Zukunft im westlichen Pazifik glaubte. In wenigen Jahren würde Japan sich gezwungen sehen, zwischen Krieg und Revolution zu wählen und es würde sich dann für den Krieg gegen Amerika entscheiden, denn „die Erbittarung gegen Amerika ist intensiv."

Für den Haß gegen Amerika führt Riordan als Beispiel an, daß der Japaner, der bei dem Erlasse der japanfeindlichen amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung Harakiri begangen hat, als Nationalheld gefeiert wurde. Die inneren Spannungen in Japan führt er eine Anzahl von Attentaten an, weist auf die religiöse Indifferenz hin, die zunehmende Gleichgültigkeit gegen das Herrscherhaus, die schlechte Wirtschaftslage und den Haß der Arbeiter gegen die Arbeitgeber. So kommt er zu dem Schluß: das japanische Kriegervolk wird zu einem kriegerischen Auswege geführt werden, um über die inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen, es will China beherrschen und mit 900 Millionen Asiaten die Weltherrschaft erstreben.

Die Ausführungen Riordans sind eine oberflächliche Konjekturalpolitik, wie sie ein Politiker von Verantwortungsgefühl unter allen Umständen vermeiden sollte. Die Möglichkeit, daß die Dinge die von Riordan vorgezeichnete Entwicklung nehmen, ist natürlich nicht absolut ausgeschlossen, die Wahrscheinlichkeit aber spricht dagegen, wenn man die politischen, religiösen und wirtschaftlichen Tatsachen der Gegenwart vorurteilslos nachprüft und auch die japanische Volkspsyche berücksichtigt. Das sei hier versucht, weil eine unrichtige Einstellung gerade zu dieser Frage schweren politischen und wirtschaftlichen Schaden herbeiführen kann.

Gewiß liebt der Japaner den Amerikaner nicht, aber daß er die Vernunft über die Sentiments stellt, hat die japanische Presse vor einigen Wochen bewiesen, als sie am Jahrestage der Einführung des amerikanischen Einwanderungsgesetzes diese Angelegenheit mit großer Sachlichkeit behandelte, ja sogar Beweise für die Möglichkeit einer die japanischen Wünsche einigermaßen berücksichtigenden Abänderung der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung beibrachte. Die japanische Presse vermeidet es also, die kriegerischen Instinkte des Volkes anzuführen und welche Macht die Presse an Panerrungen hat, das soll bei den folgenden Ausführungen über die innerpolitischen und wirtschaftlichen Spannungen nachgewiesen werden.

Herr Riordan hat sehr poetisch die innerpolitische Spannung mit dem großen Erdbeben in Japan vom September 1923 verglichen. Tatsächlich aber hat sich die innerpolitische Spannung stark vermindert, seitdem ihr durch die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts der Boden entzogen ist. Im Zusammenhang mit dieser Wahlreform, die lediglich der zähen Arbeit der Presse zu verdanken ist und die die Zahl der Wahlberechtigten verdreifacht hat, ist auch in der Stimmung der Arbeiterkreise ein Umschwung eingetreten. Hatte die organisierte Arbeiterschaft bisher die parlamentarische Mitarbeit abgelehnt, so betreibt sie jetzt die Gründung einer parlamentarischen Arbeiterpartei nach dem Vorbilde der englischen Labour-Party. Schon diese Absicht läßt auf eine ruhige Entwicklung im Inneren hoffen.

Auch die religiöse Gleichgültigkeit der intellektuellen Kreise Japans bedeutet keine Gefahr für das japanische Staatsgefühl. Bei den Massen der Arbeiterschaft und erst recht auf dem Lande ist der traditionelle Glaube an die göttliche Institution des japanischen Kaiserhauses und die Loyalität zur Dynastie nicht erschüttert; wenn im Dezember 1923 ein Attentat auf den Kronprinzen stattgefunden hat,